

ANERKENNUNG UND WIEDERGUTMACHUNG VON VERGANGENEM UNRECHT

JAN HODEL

SB 123, AUFGABE 1: Nenne vier Gruppen von Menschen, denen im 20. Jahrhundert Unrecht geschehen ist und die später um die Anerkennung und die Wiedergutmachung dieses Unrechts kämpften.

Mögliche Nennungen: Juden; Jenische, Fahrende, Roma («Zigeuner»); Zwangsarbeiter im «Dritten Reich» (vor allem aus Osteuropa); Schwarze Südafrikaner; australische Ureinwohner.

SB 123, AUFGABE 2: Zähle drei Hauptanklagepunkte auf, die die Siegermächte nach dem Zweiten Weltkrieg gegen die nationalsozialistischen Verbrecher vorbrachten.

Verbrechen gegen den Frieden, worunter die Planung und Durchführung eines Angriffskriegs unter Verletzung internationaler Verträge verstanden wurde; Kriegsverbrechen, das heisst Verstösse gegen das internationale Kriegsrecht wie zum Beispiel die Ermordung von Kriegsgefangenen; Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

SB 123, AUFGABE 3: Erläutere je zwei rechtliche, politische und kulturelle Massnahmen zur Bewältigung vergangenen Unrechts an einem konkreten Beispiel deiner Wahl aus der neueren Geschichte.

Rechtlich: Strafverfolgung; Wiedergutmachung mit den drei Elementen Rückerstattung von Eigentum, Entschädigung, Rehabilitation.

Politisch: Ausdrückliche Anerkennung von Unrecht; offizielle Entschuldigung; Übernahme von Verantwortung; Entschädigungs- oder Unterstützungsleistungen an Individuen, Gruppen oder Staaten ausserhalb juristischer Verfahren.

Kulturell: Historische Darstellungen; Gedenkanklässe, Gedenkstätten; Erziehung und Aufklärung; künstlerische Darstellungen.

SB 123, AUFGABE 4: Suche im Internet Informationen über die Verjährung von Straftaten. Gibt es Verbrechen, die im schweizerischen Recht unverjährbar sind?

Unterdrückung und Ausrottung von Bevölkerungsgruppen; als Mittel der Erpressung und Nötigung Leib und Leben von Menschen in Gefahr bringen: Geiselnahme, Anschlagdrohungen (Terrorismus), Kriegsverbrechen. (Vgl. Art. 75^{bis} des Schweizerischen Strafgesetzbuchs; http://www.admin.ch/ch/d/sr/311_o/a75bis.html)

SB 123, AUFGABE 5: Diskutiere, was für und was gegen die Verjährung bzw. was für lange und was für kurze Verjährungsfristen spricht. Unterscheide dabei zwischen verschiedenen Arten von Straftaten.

Für eine Verjährung bzw. relativ kurze Verjährungsfristen sprechen u.a., dass es mit dem zeitlichen Abstand zunehmend schwieriger wird, einen vergangenen juristischen Sachverhalt aufzuklären. Zudem zieht die Verjährung einen Schlussstrich, der einen Neuanfang ermöglicht und insofern zur Rechtssicherheit beiträgt, als nicht nach Jahrzehnten plötzlich irgendwelche juristischen Verfahren eingeleitet werden können. Demgegenüber sagt das Rechtsempfinden, dass schwerste Verbrechen nicht einfach durch die Zeit gesühnt werden bzw. dass es stossend ist, wenn die dafür Verantwortliche ungeschoren davonkommen, nur weil die Aufklärung des Verbrechens nicht innerhalb der gesetzlichen Frist gelang. Die Aufklärung gewisser Verbrechen ist zudem oftmals erst nach längerer Zeit möglich. Zu denken ist etwa an staatliche Verbrechen, die erst nach einem Regimewechsel untersucht werden oder an sexuellen Kindsmisbrauch, wo die Betroffenen oftmals erst im Erwachsenenalter über das erlittene Unrecht sprechen können.

SB 123, AUFGABE 6: Entwickle ein Bild eines Denkmals und erkläre in einem kurzen Begleittext, woran es erinnern soll. Du kannst ein reales Denkmal aus deiner Umgebung auswählen und abzeichnen, oder du kannst einen Vorschlag für ein Denkmal entwickeln, das es (noch) nicht gibt.

keine vorgegebene Lösung

SB 125, AUFGABE 1: Handelt es sich bei der Rückweisung von Joseph Spring um vergangenes Unrecht?

Nach Ansicht des Bundesgerichts nicht. Die Beamten hätten vielleicht unnötig hart gehandelt, jedoch nicht gegen die damaligen Gesetze verstossen. Es qualifizierte die Auslieferung an die Verfolger nicht als Beihilfe zum Völkermord und erklärte, auch wenn man die Auslieferung als Beihilfe zum Völkermord betrachten würde, so sei Springs Anspruch dennoch verjährt, zumal die Schweiz Völkermord erst 1981 zu einem unverjährbaren Verbrechen erklärt habe und die Verjährung nicht rückwirkend aufgehoben werden könne. (Dieser Begriff des Unrechts orientiert sich strikt an gesetzlichen Normen. Unrecht in einem weiteren Sinn kann jedoch auch den Verstoss gegen Normen und Grundwerte beinhalten, die rechtlich nicht kodifiziert sind und nicht eingeklagt werden können.)

SB 125, AUFGABE 2: Worin liegen die Unterschiede zwischen einer politischen und einer rechtlichen Anerkennung vergangenen Unrechts bzw. vergangener Fehler?

Eine rechtliche Anerkennung vergangenen Unrechts hat insofern weit reichende Konsequenzen, als sie frühere Gesetze oder Urteile nachträglich in Frage stellt oder aufhebt. Weil in einem Rechtsstaat Rechtsgleichheit gilt, müssen überdies alle Menschen, denen gleiches Unrecht angetan wurde, fortan gleich behandelt, also z. B. im gleichen Umfang entschädigt werden. Man kann sagen, eine nachträgliche rechtliche Anerkennung gefährde die Stabilität der Rechtsordnung und die Rechtssicherheit, weil sie das, was damals Recht war, nun zu Unrecht erklärt. Man kann aber auch sagen, sie sei Ausdruck eines Wertewandels oder eines gesellschaftlichen Lernprozesses. Eine politische Anerkennung von Unrecht stellt die juristischen

Fragen, die oftmals mit langwierigen Verfahren einhergehen, in den Hintergrund. Im Bewusstsein, dass das Recht ebenso wie gesellschaftliche Wertvorstellungen einem historischen Wandel unterliegen und dass gesetzlich korrektes Handeln nicht zwangsläufig moralisch richtigem Handeln entsprechen muss, erklärt, dass das damalige Handeln nicht richtig gewesen sei.

Zwischen politischer und juristischer Anerkennung besteht ein enger Zusammenhang. So werden die in neuerer Zeit beinahe üblich gewordenen politischen Anerkennungen als vergleichsweise billige Entschuldigungen angesehen, solange es bei Worten bleibt und keine materielle Entschädigung erfolgt; letztere muss dann oftmals doch juristisch erstritten werden. Umgekehrt wird die materielle Entschädigung oftmals als unzureichend empfunden, wenn die explizite Anerkennung des Unrechts und die Übernahme der politischen Verantwortung ausbleiben.

SB 125, AUFGABE 3: Joseph Spring verlangt 100 000 Franken Schadenersatz und sagt zugleich, er benötige kein Geld. Was bedeutet das Geld für Spring und für das Bundesgericht?

Es gibt hier keine eindeutigen Belege, sondern mehr oder weniger plausible Interpretationen. Spring muss in seiner Klage den erlittenen Schaden quantifizieren bzw. einen bestimmten Betrag als Schadenersatz fordern. Dies ist natürlich kaum möglich, doch stehen die 100 000 Franken erstens im Verhältnis zu jenen 50 000 Franken, die Eli Carmel von der baselstädtischen Regierung zugesprochen worden waren und zweitens im Verhältnis zur Dauer und den Umständen seiner Haft im Konzentrationslager. Letztlich geht es um einen symbolischen Betrag, der für die Anerkennung und die Dimensionen des Unrechts steht. Das Bundesgericht spricht Spring eine ungewöhnlich hohe Parteikostenentschädigung von 100 000 Franken zu. Dies kann heissen, dass das Bundesgericht damit auf die Grenzen einer strikt juristischen Betrachtung hinweist und die moralische Berechtigung seiner Klage (im Gegensatz zur juristischen Berechtigung) anerkennt. Es kann aber auch heissen, dass das Bundesgericht den Fall primär auf die finanzielle Dimension reduziert und verkennt, worum es Spring wirklich geht.

SB 127, AUFGABE 1: Nenne drei Gründe, weshalb die Banken nach dem Krieg Personen, die sich nach Vermögenswerten ihrer verstorbenen Verwandten erkundigten, zurückhaltend Auskunft gaben.

Geld war an Deutschland ausbezahlt worden, daher fürchteten sie Schadenersatzforderungen; Konten waren aufgelöst worden, weil Kontoführungsgebühren abgebucht und das Vermögen mit diesen Gebühren aufgebraucht worden war; die Banken hielten sich kleinlich an rechtliche Vorschriften, die keine Auskünfte erlaubten, ohne den besonderen Umständen in folge der NS-Herrschaft Rechnung zu tragen.

SB 127, AUFGABE 2: **Nenne Vor- und Nachteile einer zurückhaltenden Auskunftspraxis (Bankgeheimnis) der Schweizer Banken. Wann und wem gegenüber sollten Schweizer Banken zur Auskunft verpflichtet sein?**

Vor- und Nachteile sollten aus verschiedenen Perspektiven formuliert werden: Für die Banken, für die Schweiz, für die Kunden, für andere Staaten usw.

SB 129, AUFGABE 1: **Nimm Stellung zu der Frage, ob die Schweizerische Rentenanstalt mit der Auszahlung des Rückkaufswertes an die deutschen Behörden richtig gehandelt hat.**

In der Diskussion sollten die Komplexität der damaligen Situation und die unterschiedlichen Perspektiven und Interessen von Verfolgten und Versicherungsgesellschaften deutlich werden.

SB 129, AUFGABE 2: **Vergegenwärtige dir die Argumentationen des Zürcher Obergerichts und des Bundesgerichts. Findest du eine der beiden Argumentationen überzeugender?**

keine vorgegebene Lösung

SB 129, AUFGABE 3: **Frage Eltern oder Bekannte, die eine Lebensversicherung haben, warum sie diese abgeschlossen haben. Lies den Versicherungsvertrag und informiere dich darüber, auf welche Weise der Vertrag von der Versicherung erfüllt werden kann.**

keine vorgegebene Lösung

SB 131, AUFGABE 1: **Vergleiche Situation und Verhalten der Schweiz und Schwedens während der Zeit des Nationalsozialismus. Vergleiche insbesondere die Massnahmen zu Anerkennung und Wiedergutmachung von vergangenem Unrecht.**

Schweden war als Fluchtland und als Finanzplatz nicht so bedeutend wie die Schweiz. Ausserdem hat Schweden in einer spektakulären Aktion alle dänischen Juden im Oktober 1943 aufgenommen und damit die Flüchtlingspolitik gegenüber jüdischen Flüchtlingen entscheidend verändert.

Schweden hat sich vor allem sehr schnell für das Verhalten der Regierung entschuldigt und damit sein unkorrektes Verhalten eingestanden. Damit endeten sämtliche Vorwürfe an die Adresse Schwedens. Zugleich tat sich Schwedens Regierung aktiv hervor bei der internationalen Koordination der Holocaust-Erziehung und publizierte entsprechende Broschüren. Die Schweiz hat dafür die eigene Geschichte früher und umfassender aufgearbeitet.

SB 131, AUFGABE 2: **Suche Aussagen und Dokumente zu Carl Lutz, dem Schweizer Diplomaten in Budapest. Siehe Unterkapitel «Diplomatie» im SB, Seite 20.**

- SB 133, AUFGABE 1:** **War es deiner Ansicht nach richtig und angemessen, dass die Landesregierung mit Geld (11 Millionen Franken) versuchte, das Unrecht wieder gutzumachen, das Jenische erfahren hatten?**
keine vorgegebene Lösung
- SB 133, AUFGABE 2:** **Finde heraus, ob und wo in deiner Nähe Fahrende Quartier beziehen. Welche Bedingungen müssen die Fahrenden in deiner Wohngemeinde erfüllen, um ihre Wohnwagen abzustellen? Mache dich kundig über den Lebensalltag von Fahrenden in der Schweiz heute.**
siehe auch Literaturhinweise zu Kapitel 5
- SB 135, AUFGABE 1:** **Welche Meinung hast du zu der Frage, inwiefern eine heutige Regierung verantwortlich ist für Äusserungen und Handlungen einer früheren Regierung desselben Landes.**
keine vorgegebene Lösung
- SB 135, AUFGABE 2:** **Versuche herauszufinden, ob früher oder in letzter Zeit in deiner Wohngemeinde Land enteignet wurde, und lasse dir allenfalls erklären, wie eine solche Enteignung genau vor sich geht.**
keine vorgegebene Lösung
- SB 137, AUFGABE 1:** **Wie ist deine Meinung zu dem Grundsatz, dass diejenigen Straffreiheit für begangenes Unrecht bekommen, die diese Taten gestehen und bereuen?**
keine vorgegebene Lösung
- SB 137, AUFGABE 2:** **Dokumentiere, wie in Südafrika während der Zeit der Apartheid Weisse Unrecht an den Schwarzen begangen haben.**
siehe auch Literaturhinweise und Links zu Kapitel 5
- SB 139, AUFGABE 1:** **Welche Gründe sprechen dafür, dass über begangenes Unrecht dort vor Gericht verhandelt wird, wo es geschehen ist, und dass Richterinnen und Richter aus der betroffenen Gegend urteilen? Welche Gründe sprechen dafür, dass die Verhandlungen anderswo durch ausländische Richterinnen und Richter stattfinden?**
Hinweis: Die Gründungsbestimmungen des ICC selbst sehen vor, dass das ICC nur dann tätig wird, wenn die Staaten selber nicht willens oder nicht in der Lage sind, mutmassliche Täter in den Punkten, für welche das ICC zuständig ist, vor einem nationalen Gericht anzuklagen. Siehe Literaturhinweise und Links zu Kapitel 5
- SB 139, AUFGABE 2:** **Finde heraus, welche Täterinnen und Täter vom Internationalen Strafgerichtshof für Jugoslawien verurteilt und weswegen sie angeklagt worden sind sowie welche Strafe sie verbüssen müssen.**
siehe Literaturhinweise und Links zu Kapitel 5